

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Vor 40 Jahren, im Jahr 1971, erlebte ich hier im Ratssaal meinen ersten städtischen Haushaltsplan.

Dies ist quasi für mich ein Jubiläum, aber mit diesem Haushaltsplanentwurf 2012/13 auch ein ungewöhnliches Doppeljubiläum ein finanzielles Novum.

Noch nie wurden für kommende Jahre:

- 1. Keine Zuführungsraten in vorgeschriebener Höhe vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaftet. Das alleine kann schon die Nichtgenehmigung des Haushaltsplanes durch das Regierungspräsidium bedeuten,
- 2. Es waren noch nie für nächste Jahren so hohe neue Kreditaufnahme-Summen geplant
- und 3. Es wurde noch nie eine derartige Aufzehrung der Rücklagen in Millionenhöhe in so kurzer Zeit vorgenommen.

Zu diesen drei Aussagen kommt hinzu, dass die Verwaltung im Entwurfswerk gleichzeitig mit Förderzuschüssen des Landes und des Bundes rechnet, deren gesicherte Auszahlung mehr als fraglich ist, oder um es umgangssprachlich zu beschreiben, absolut in den Sternen steht.

Ich muss gestehen, dass ich tagelang, nach Austeilung der Unterlagen, einfach sprachlos war.

Unsere Fraktion fand zunächst keinerlei Zugang zu diesem richtig Schmerzen verursachenden Zahlenwerk.

Unsere 3-er-Fraktion hat sich in einer Klausur mit dem Entwurf ausgiebig auseinandergesetzt.

Die allererste Reaktion war. Wir geben den Entwurf der Verwaltung zurück, werfen ihr das Zahlenwerk quasi als undurchführbares Vorhaben, zumindest was den Haushaltsplan für das Jahr 2013 und die Finanzplanung bis 2017 betrifft, einfach vor die Füße.

Dann führten wir im engsten Kreis mit der Finanzdezernentin ein persönliches Gespräch um die Beweggründe und die Ernsthaftigkeit des vorgelegten Haushaltsplan-Entwurfs der Verwaltung abzufragen. Im Rahmen von Haushaltsplanberatungen ist auch dies für uns Freie Wähler ein Novum.

In der anschließenden Beratungsrunde überlegten wir aus Verantwortung heraus den Entwurf zurückzugeben mit der Maßgabe für beide Jahre einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen der zur Genehmigung in Stuttgart eine Zuführungsrate erbringen muss, der weiter nur moderate Kreditaufnahmen enthält und einen maximal 10 %-igen Abbau der Rücklagen beinhaltet.

Bei dieser Lösung gingen wir davon aus, dass es Aufgabe einer Finanzverwaltung ist, dem Gemeinderat einen genehmigungsfähigen ausgeglichenen Haushalt der Klarheit und Wahrheit vorzulegen der in finanziell

engen Zeiten nicht alle Wünsche enthält sondern auch Verschiebungen und Streichungen von Maßnahmen ausweist.

In finanziell so engen Zeiten hätte die Verwaltung aber auch den Vorschlag einer Gewerbesteuer-Erhöhung einbringen müssen, ganz gleich wie sie die politischen Mehrheiten dafür einschätzt.

Heiße Kastanien aus dem Feuer zu holen ist nicht alleine Aufgabe des Gemeinderates.

Das gerüchteweise aufgekommene Junktim, die Verwaltung sei zum Ein-Jahreshaushalt nur bereit, wenn der Gemeinderat gleichzeitig einer Gewerbesteuererhöhung zustimme, lehnen die Freien Wähler entschieden ab. Wie sagen sie doch immer Herr Oberbürgermeister, man kann keine Äpfel mit Birnen vergleichen.

Ich habe ausgeführt, die Verwaltung kann den Schwarzen Peter nicht alleine einem ehrenamtlich arbeitenden Gemeinderat zuschieben. Den Mut zu schmerzhaften einschneidende Maßnahmen und Streichung von Wünschen muss auch eine Finanzverwaltung einbringen, das ist quasi eine ihrer Pflichtaufgabe.

Ein Haushalt muss klar und wahr sein.

Und da muss ich zunächst rückblickend auf den letzten Doppelhaushalt zu sprechen kommen.

Wir Freien Wähler wurden Ende 2009 als inkompetent, unseriös, blauäugig, ja unsozial niedergebügelt, als wir für den laufenden Doppelhaushalt 2010/11 an 5 Stellen im Sozialhaushalt Kürzungen bei den Ansätzen in Höhe von zusammen über 3,5 Millionen beantragten.

Sieht man sich an diesen Stellen den aktuellen Entwurf für 2012/13 an, so wird beim Vergleich des Rechnungsergebnisses 2010, dem Ansatz 2011 und den neuen Ansätzen 2012-2013 klar ersichtlich, dass unser Kürzungsvorschlag vom Ergebnis her exakt eingetroffen ist und die 3,5 Mio Kürzungen damals absolut berechtigt waren.

So viel zu Haushaltsansätzen die immer klar und wahr zu sein haben.

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister Mergel und Herr Urban, wir haben in diesem Punkt Erklärungsbedarf.

Doch zurück zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf.

In Abstimmungsgesprächen mit anderen Fraktionen war schnell klar, dass sich die Freien Wähler an einem Antrag beteiligen würden der eine Beschränkung auf nur einen Jahreshaushalt 2012 vorsieht. Wir fordern dies schon seit Jahren. Zusammen mit der FDP waren wir in der Vergangenheit immer Befürworter vom Jahresrhythmus bei Haushaltsplänen, nicht nur in finanziell engen Zeiten. Wir haben uns mit den Doppelhaushalten nie so recht anfreunden können. Hätte aber diesen Vorschlag eine vorausschauende Verwaltung diesmal nicht auch von selbst einbringen müssen?

Millionenschwere Straßenbau-Vorhaben sind durch BUGA und Neckarbogen erforderlich.

Aber auch hier agiert die Verwaltung, ich will mich vorsichtig ausdrücken, unglücklich.

Übermorgen, am 16. November erhält der Gemeinderat endlich die Übersicht über das komplette Straßen-Umbauprogramm mit allen erforderlichen Detailangaben.

Aber heute sollen wir Anträge dazu in unseren Stellungnahmen einbringen. Was ist das für ein zeitliche Abstimmung, neudeutsch sagt man wohl timing dazu.

Hätte man die beiden Termine nicht einfach umdrehen können? Beide Sitzungen fangen um 13 Uhr an und sind schon länger terminiert.

Mit Erstaunen haben wir bei dieser Terminlage vernommen, dass eine aus unserer Sicht notwendige Verschiebung der Haushaltsplan-Beratungen und die Beschlussfassung eventuell in den Januar/Februar-Zeitraum des Jahres 2012 hinein nicht möglich sei, man arbeite mit dem SAP-System. Ist dieses Programm-System wirklich so unflexibel. Andere Großstädte verabschieden Haushalt oft erst im 1. Quartal des betroffenen Jahres und das nicht nur in schwierigen Zeiten.

Die Freien Wähler meinen, wenn jetzt zunächst nur über das Jahr 2012 gesprochen werden soll, dann muss die Verwaltung aus unserer Sicht erneut Hausaufgaben machen.

Wir erwarten eine Überarbeitung des Zahlenwerkes, mit Kürzungsansätzen bei den Großinvestitionen in Millionenhöhe auf ein Maß welches die Fortsetzung der Maßnahmen ermöglicht, in 2012 nur auf Sparflamme weiter köcheln lässt.

„Wir fordern gerade Sie, Herr Baubürgermeister Hajek auf, eine den finanziellen Voraussetzungen und Erwartungen gerecht werdende sachgerechte und der Wichtigkeit entsprechende Prioritätenliste der anstehenden Baumaßnahmen vorzulegen. Alles jetzt und sofort – geht nicht. Nur zu gut können wir uns an die schmerzlichen 600.000,- € Mehrkosten bei der Sanierung des Kiliansplatzes erinnern, die teilweise doch mehr auf eine unzureichende Kostenvorkalkulation zurückzuführen sind, als ausschließlich auf eine übliche Baukostensteigerung aufgrund des zeitlichen Verzugs. Ein solches Ergebnis wollen wir nicht wieder erleben. Es sind nun einmal die Maßnahmen in ihrem Dezernat, die die großen finanziellen Herausforderungen dieser Stadt in den nächsten Jahren darstellen. Dass wir auch andere wichtige Betätigungsfelder weiter erschließen und angehen müssen, steht außer Frage. Aber wir brauchen dafür ein gefülltes Portemonnaie und nicht nur die Perspektive der Kreditaufnahme. Die Freien Wähler fordert die Verwaltung auf, sachlich nachvollziehbar und vorurteilsfrei, sich dieser nur durch „Hauptamtliche“ machbaren Aufgabe zu stellen.

Eine solche Ausarbeitung muss dann durch das Gremium des Gemeinderates erörtert und beschlossen werden. Die Zeit der planlosen Wunschlisten ist vorbei. Gehen Sie ans Werk und legen Sie Hand an.

Die neuen gekürzten Summen müssen dabei personell aber auch gestemmt und verarbeitet werden können.

Wir fragen: Hätte die Verwaltung bei den geplanten Riesenbaumaßnahmen, nicht zusätzliche Personalstellen fordern müssen? Glaubt man alle diese Vorhaben quasi mit der vorhandenen Mannschaft bewältigen zu können?

Heilbronn steht mit einer großen Anzahl an gezwungenermaßen parallel laufenden Projekten an einem Scheideweg. Das Vorhaben BUGA mit dem Neckarbogen verursacht eine Fülle an notwendigen Straßenbaumaßnahmen. Wir wollen die BUGA, wir planen den Neckarbogen. Das Großprojekt Neues Klinikum muss ebenso für unsere Bürger kommen.

Die Freien Wähler stellen eines klar:

Heilbronn soll sich weiterentwickeln. Es müssen Anreize geschaffen werden für die Neuansiedlung von Arbeitsplätzen, für den Zuzug von neuen jungen Familien mit Kindern.

Dazu muss eine neue zukunftsweisende Infrastruktur geschaffen werden.

Und das gelingt nur in Form von Vorleistungen, zugegebenermaßen enormen Vorleistungen die alle ihren Preis, einen hohen Preis haben.

Die Stadt muss Geld setzen, im großen Stil.

Das bedeutet die Rücklagen einzusetzen und auch neue Kredite in Kauf zu nehmen.

Das bedeutet aber auch, dass sich alle dabei finanziell beteiligen müssen.

Schweren Herzens beantragen die Freien Wähler deshalb die Anhebung der Gewerbesteuer von 380 auf 400 Punkte.

Nur so kann das große Zukunfts-Ziel für Heilbronn erreicht werden.

Die Vorteile einer BUGA und des Neckarbogens werden die Gewerbetreibenden zeitverzögert zurückerhalten.

Der „Heilbronner BUGA-Neckarbogen-Weg“ wird Ende 2012 entschieden.

Die Verwaltung ist mit am Zug: Wir erwarten die Einstellung der Investitions-Beträge für 2012 nur in der Höhe die unbedingt für den Fortgang der Arbeiten notwendig sind. Außerdem darf die Rücklage nur in einer Höhe von max. 10 % abgesenkt werden.

Nicht nur der Gemeinderat, die Verwaltung muss auch ein Verschiebungs-, ein Streckungs- oder Streichkonzert vornehmen. Wir erwarten schnellstens eine Änderungsliste

Die Freien Wähler bringen dazu eigene Vorschläge ein:

Wir fordern die Verwaltung auf das Projekt: Verschiebung, d.h. Neubau der Kalistraße generell zu überdenken bzw. ganz aufzugeben. Auch wenn der Straßenneubau stadtplanerisch für BUGA, Neckarbogen und Neckaruferqualität wünschenswert ist, die Belassung der alten Straßenführung und die zusätzliche Überlegung einer Einbahnregelung: Einfahrender Verkehr von Westen her über die Fügerstraße und ausfahrender Verkehr aus der Innenstadt über die belassene Kalistraße könnte mehr als 20 Millionen einsparen. Das Verkehrskonzept Paulinenstraße/Schäuffelenstraße könnte dabei ein erstaunlich gut funktionierendes Vorbild sein. Wir meinen der Spatz in der Hand, ein etwas eingeschränktes BUGA-Projekt ist allemal besser als die Taube auf dem Dach, nämlich eine Ende 2012 ganz gestorbene BUGA. Zusätzlich könnte man dabei durch den Wegfall der Verlegung des Wasser- und Schifffahrtsamtes bis zu 5 Millionen € einsparen. So wie ich unsere Verwaltung aber kenne wird man aber nicht bereit sein diesen Vorschlag ernsthaft zu prüfen. Weiter sollen 2012 die Mittel für die Saarlandstraße radikal gekürzt werden. Es ist offensichtlich, dass dieses Großprojekt nicht vor 2014 begonnen werden kann. Das Land gibt früher keine Zuschüsse.

Millionensummen sind schnell eingestellt, die Freien Wähler vergessen aber für 2012 nicht die vielen ‚*Kleinen aber feinen Institutionen*‘, die vielen ehrenamtlich tätigen Gruppen die in Wahrheit für den Zusammenhalt unserer Stadt und der gesamten städtischen Bürgergesellschaft verantwortlich sind. Wir brauchen nicht nur Millionen für Großprojekte. Wir fordern deshalb fairer weise einige wenige Zuschusserhöhungen.

Wir denken dabei z. B. an die ‚Kleinsten‘ in unserer Stadt.

Wir beantragen deshalb in der UNICEF-Kinderstadt auch die Befreiung von den Betreuungs-Gebühren für alle unter 3-jährigen Kinder. Die Millionen-Neuinvestitionen in unserer Stadt dürfen vor unseren Kindern nicht haltmachen. Da ändern wir unsere bisherige Haltung.

Sind Kinder unsere Zukunft, dann sollen auch alle Bürger mit ihren Steuern zu deren Förderung beitragen.

Dies ist mit eine Notwendigkeit für eine höhere Zuwanderung in unsere Stadt, entgegen den bisherigen Zukunfts-Prognosen. Auch damit erreichen wir das hochgesteckte Ziel unserer Stadtumstrukturierung für eine bessere Zukunft. Dabei sind wir absolut davon überzeugt, dass ein Gemeinwesen nicht alleine nach betriebswirtschaftlichen Regeln geführt werden und funktionieren kann.

Ob ein nach unseren Vorstellungen modifizierte Haushaltsplanentwurf 2012 genau so in die Realisierung kommen wird bleibt bis zu letzt immer noch offen. Es ist eben nur ein Plan welcher der Genehmigung aus Stuttgart bedarf. Und auch der Eingang der erwarteten hohen Zuschüsse von Land und Bund für alle unsere Großprojekte, muss dabei im Laufe des nächsten Jahres endgültig gesichert werden.